

SOLIDE WIRTSCHAFT. STARKE FAMILIEN.

**WARUM WIRTSCHAFTS- UND FAMILIENPOLITIK
KEINE GEGENSÄTZE SIND**

**LEITANTRAG
ZUM 43. ORDENTLICHEN BEZIRKSTAG
DER JUNGEN UNION SÜDBADEN
AM 5./6. JULI 2014 IN GÖRWIHL**

Inhalt

1. Warum Wirtschafts- und Familienpolitik keine Gegensätze sind	1
Eine solide Wirtschaft: Voraussetzung für Familienpolitik – Familienpolitik: Voraussetzung für eine solide Wirtschaft	2
Wirtschaftliches Ziel der Familienpolitik: eine steigende Erwerbsquote	3
2. Voraussetzung für familienpolitische Leistungen: Ein funktionierendes und akzeptiertes Steuersystem	4
Erbschaftssteuer abschaffen	5
Straffreie Selbstanzeige abschaffen	7
Vermögenssteuer abgeschafft – und das ist auch gut so!	8
Kalte Progression abbauen – Steuerbremse einführen.....	10
Ehegattensplitting durch Familiensplitting ersetzen	10
Steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten ausbauen.....	12
3. Wirtschaft und Familie Hand in Hand	13
Flexible Arbeitszeitmodelle fördern.- ausgeglichene Work-Life-Balance... ..	13
Welcome- Center ausbauen - Willkommenskultur in Deutschland.....	14
Echte Wahlfreiheit für Familien schaffen	16
Koordinierungsstellen für Kinderbetreuung schaffen	17
Wohnungsnot von Familien entgegenwirken	18

Redaktion:

Christoph Albers
Yannick Bury
Carolin Jenkner
Caroline Schuster

1. Warum Wirtschafts- und Familienpolitik keine Gegensätze sind

Wirtschaftspolitik und Familienpolitik werden in der Gesellschaft und der politischen Debatte meist als konträre Politikfelder wahrgenommen. Dabei stehen oft vorgefertigte Bilder im Raum von einem Widerspruch zwischen wachstumsfördernder Wirtschaftspolitik und sozialer Familienpolitik.

Dabei wird verkannt, dass Kernaufgabe der Ausrichtung eines Wirtschaftssystems und damit Kernziel der staatlich getragenen Wirtschaftspolitik ist, der Gesellschaft zu dienen und somit zu einem optimalen Ausgleich der Interessen und Bedürfnisse der einzelnen Mitglieder der Gesellschaft führen muss. Die Familien sind dabei die kleinste Einheit unseres Gesellschaftssystems. Wirtschaft und Wirtschaftspolitik muss also auch in erster Linie dieser untersten Ebene unserer Gesellschaftsorganisation dienen, Wirtschaftspolitik muss dadurch auch und besonders den Interessen von Familien dienen.

Gleichzeitig muss ein Wirtschaftssystem immer an laufende Veränderungen angepasst werden um seinen wohlfördernden Zweck erfüllen zu können. Der vieldiskutierte Globalisierungsprozess stellt die Wirtschaftspolitik dabei immer wieder vor neue Herausforderungen, auf die die Wirtschaftspolitik bereits vielfach reagiert hat. Neben diesen vielfach diskutierten äußeren Veränderungen bei denen die Wirtschaft der Bundesrepublik für neue Herausforderungen angepasst werden muss, muss die Anpassung des Wirtschaftssystems an die Situation der Gesellschaft aber auch innere Veränderungen berücksichtigen. Ansonsten verfehlt Wirtschaftspolitik ihren Zweck. Gerade im Bereich der Familien, man denke nur an die veränderten Erwerbsstrukturen von Familien, demographischen Wandel oder den drohenden Fachkräftemangel, haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten massive Veränderungen ereignet, auf die die Wirtschaftspolitik reagieren muss um eine Anpassung des Wirtschaftssystems an die gesellschaftlichen Gegebenheiten vorzunehmen. Nur so kann das Ziel erreicht werden, dass Wirtschaftspolitik allen Teilen der Gesellschaft optimal dient.

Familienpolitik ist also kein Gegenpol der Wirtschaftspolitik, sondern gemeinsam mit der Wirtschaftspolitik ein zentrales Instrument, unsere Gesellschaft für die Herausforderungen der kommenden Jahre und Jahrzehnte fit zu machen. Damit die Wirtschaftspolitik und mit ihr die Wirtschaft auch künftig ihren Zweck der gesamtgesellschaftlichen Wohlfördernde erfüllen kann müssen Wirtschafts- und

33 Familienpolitik Hand in Hand gehen. Die Wirtschaft und mit ihr die Wirtschaftspolitik ist
34 daher auf familienpolitische Komponenten angewiesen. Ebenso wie durch die
35 Wirtschaftspolitik, beispielsweise das Steuersystem, Familien gefördert werden müssen.

36 In der bisherigen Ausgestaltung der Familienförderung in Deutschland, die ein
37 Gesamtvolumen von etwa 190 Mrd. Euro umfasst und damit knapp 8% des BIP ausmacht.
38 .Neben vergleichsweise geringen Realtransfers (ca. 23 Mrd.), direkten Geldleistungen und
39 Leistungen der Sozialversicherung (beides ca. 25 Mrd.) verteilt sich der Großteil dieser
40 Förderung vor allem auf steuerliche (ca. 43 Mrd.) und ehebezogene Maßnahmen (ca. 72
41 Mrd.).

42 Das Steuersystem ist das zentrale Steuerungsinstrument des Staates, um einen inneren
43 Interessenausgleich zwischen den einzelnen Mitgliedern der Gesellschaft herzustellen.
44 Daher bieten sich Anpassungen, die zu einer Neuausrichtung dieses Ausgleichs hin zu
45 einer familienfreundlichen Gesellschaft führen, vor allem in diesem Bereich an. Wir wollen
46 deshalb Forderungen vorlegen, wie ein Steuersystem ausgestaltet sein soll, dass gerecht
47 ist und vor allem Familien unterstützt. Da sich gezeigt hat, dass vor allem monetäre
48 Maßnahmen des Staates zur Familienförderung so gut wie nie den gewünschten Effekt
49 gebracht haben, spricht sich die JU Südbaden vor allem für strukturelle Anpassungen und
50 Anreize, beispielsweise durch neue Arbeitszeitmodelle oder eine echte Wahlfreiheit bei
51 der Kinderbetreuung aus.

52 Die JU Südbaden legt daher in diesem Papier Forderungen vor, zu einer
53 familienfreundlicheren Anpassung des Steuersystems, zeigt auf, wo Wirtschafts- und
54 Familienpolitik sich überschneiden und wie man durch konkrete, statt monetäre
55 familienpolitische Maßnahmen die Lebensbedingungen von Familien verbessern kann.
56 Denn Wirtschaftspolitik und Familienpolitik müssen Hand in Hand gehen und nicht
57 gegeneinander wenn wir unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft für die inneren
58 Veränderungen und Herausforderungen, die längst begonnen haben, fit machen wollen.
59 Nur so kann auch künftig das Wirtschaftssystem seiner Kernaufgabe nachkommen: dem
60 Wohl der Gesellschaft zu dienen.

61 **Eine solide Wirtschaft: Voraussetzung für Familienpolitik –** 62 **Familienpolitik: Voraussetzung für eine solide Wirtschaft**

63 Familien benötigen eine leistungsfähige und starke Wirtschaft. Zum einen als sichere und
64 verlässliche Einkommensquelle, aber auch als Standortfaktor und Garant für eine Umwelt,

65 in der Familien gute Lebensbedingungen vorfinden. Dies beginnt bei der Infrastruktur,
66 geht über Betreuungsangebote bis hin zu Transferleistungen und sozialer Absicherung. All
67 dies kann nur mit einer soliden Wirtschaftsstruktur finanziert und bereitgestellt werden.
68 Gleichzeitig steht das Wirtschaftssystem vor notwendigen Anpassungen, um diese
69 Lebensbedingungen für Familien auch künftig bieten zu können. Durch den
70 demographischen Wandel werden die Sozialversicherungssysteme vor immense
71 Herausforderungen gestellt. Gleichzeitig führt der drohende Fachkräftemangel in
72 Kombination mit dem demographischen Wandel dazu, dass alleine in Baden-Württemberg
73 bis 2020 500.000 Vollzeitstellen nicht wieder besetzt werden können. Beides sind
74 Entwicklungen, bei denen bereits auf den ersten Blick die Wechselwirkungen zwischen
75 Wirtschafts- und Familienpolitik deutlich werden.

76 **Wirtschaftliches Ziel der Familienpolitik: eine steigende Erwerbsquote**

77 Um unser wirtschaftliches Wohlstandsniveau zu halten muss auch in Zukunft
78 sichergestellt sein, dass genug qualifizierte Arbeitskraft vorhanden sein wird. Bei einer
79 rückläufigen Bevölkerung wird dies nur durch eine Steigerung der Erwerbsquoten zu
80 bewältigen sein. Während die Erwerbsquote bei Männern zwischen 25 und 50 Jahren
81 zwischen 90% und 100% liegt, liegt die Erwerbsquote von Frauen im selben Alter zwischen
82 70% und 85%. Insbesondere zwischen 25 und 40 liegt die durchschnittliche Erwerbsquote
83 dauerhaft unter 80%.

84 **Die Junge Union Südbaden sieht es daher als politisches Ziel an, es auch künftig unter**
85 **Berücksichtigung einer tatsächlichen Wahlfreiheit politisch zu ermöglichen, dass die**
86 **Erwerbsquoten steigen um den Herausforderungen von Fachkräftemangel und**
87 **demographischem Wandel begegnen zu können und die Wirtschaftsleistung konstant**
88 **zu halten.** Denn nur dann ist eine wirtschaftliche Basis für Familien und familienpolitische
89 Leistungen auch gegeben.

90 Um das Ziel der höheren Erwerbsquoten bei gleichzeitiger Wahlfreiheit zu erreichen, ist
91 die Wirtschaftspolitik auf familienpolitische Maßnahmen angewiesen. Hier zeigt sich
92 wieder die wechselseitige Beziehung zwischen Wirtschafts- und Familienpolitik. Denn
93 trotz einer Steigerung von Erwerbsquoten wollen und müssen Paare die Möglichkeit
94 haben, Kinder zu bekommen, großzuziehen und ausreichend Zeit für ein Familienleben zu
95 haben. Auch hier findet sich kein Widerspruch zur Steigerung der Erwerbsquoten, da auf
96 lange Frist ansonsten kaum die Möglichkeit besteht, Fachkräftemangel und

97 demographischem Wandel zu begegnen. Ganz abgesehen vom Wunsch und Bedürfnis,
98 nach Freizeit und Familie. Denn auch hier gilt: Die Wirtschaft muss zu allererst den
99 Menschen dienen. Durch flexible Arbeitszeitmodelle kann in diesem Bereich im Interesse
100 der Wirtschaft und der Familien viel erreicht werden. Ebenso muss das zentrale staatliche
101 Umverteilungs- und Steuerungsinstrument, das Steuersystem, so ausgestaltet sein, dass
102 Familien attraktive und gerechte Bedingungen vorfinden können.

103 2. Voraussetzung für familienpolitische Leistungen: Ein 104 funktionierendes und akzeptiertes Steuersystem

105 Unser freiheitliches Wirtschaftssystem ist nach wie vor das beste
106 Koordinierungsinstrument für Ressourcen in unserer Gesellschaft. Voraussetzung, dass
107 das Wirtschaftssystem jedoch diese Wirkung entfalten kann sind ein staatlicher
108 Ordnungsrahmen sowie eine staatliche Koordinierung bei den Gütern, die auf dem Markt
109 zu gering bereit gestellt würden. Ein solches öffentliches und meritokratisches Gut stellt die
110 Familienpolitik dar. Voraussetzung, dass der Staat dieses öffentliche Gut bereitstellen
111 kann ist ein Steuersystem, das entsprechend der politischen Vorstellung und
112 Mehrheitsbildung die Ressourcen so umverteilt, dass die gewünschte staatliche Leistung
113 bereitgestellt werden kann. Das Steuersystem ist also die Grundlage, die es dem Staat
114 überhaupt erst ermöglicht, familienpolitisch tätig zu werden. Dies kann jedoch nur so
115 lange funktionieren, wie dieses Steuersystem gesellschaftliche Akzeptanz genießt.
116 Gleichzeitig muss ein Steuersystem so ausgestaltet sein, dass es die marktliche
117 Koordination nicht oder nur möglichst geringfügig stört und zielgenau, also möglichst
118 ohne eine Verzerrung von marktlich effizient koordinierten Anreizen, umverteilt.

119 Um den Herausforderungen, vor denen unsere Wirtschaft im inneren steht zu begegnen
120 muss das Steuersystem also so angepasst werden, dass Familien gefördert und begünstigt
121 werden. **Die Junge Union Südbaden spricht sich in diesem Zusammenhang für eine
122 strenge Einhaltung der allgemeinen Besteuerungsprinzipien, insbesondere des
123 Leistungsfähigkeitsprinzip aus. Gleichzeitig muss bei der Ausgestaltung jeglicher
124 Steuern sichergestellt werden, dass durch das Steuersystem wirtschaftliches Handeln
125 und individuelle Leistungsanreize so gering wie möglich verzerrt werden.** Das
126 Steuersystem soll Anreize zur Leistungserbringung setzen und keine Anreize setzen, die
127 individuelle Leistung zu verringern. Einerseits, weil durch ein zu Fehlanreizen führendes
128 Steuersystem gesamtwirtschaftlich ein höherer Schaden als Nutzen entsteht.

129 Andererseits, weil zentrale Eigenschaft eines Steuersystems gesellschaftliche Akzeptanz
130 ist und diese verloren zu gehen droht, wenn durch die Besteuerung zu große
131 wirtschaftliche Verzerrungen entstehen. Wie einige der vorhandenen Verzerrungen
132 behoben werden sollen und können, soll in den folgenden Abschnitten aufgezeigt werden.

133 **Erbschaftssteuer abschaffen**

134 Die Erbschaftsteuer ist eine Steuer, die auf den Vermögenserwerb von Todes wegen
135 anfällt. Sie wird aufgrund des Erbschaftsteuergesetzes erhoben. In Deutschland besteht sie
136 seit 1906. Am 07.11.2006 hatte das Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit
137 von Teilen des Erbschaftsteuergesetzes festgestellt. Bis zum 31.12.2008 musste der
138 Gesetzgeber das Erbschaftsteuerrecht verfassungskonform ausgestalten, anderenfalls
139 wäre das ErbStG ersatzlos ausgelaufen.

140 Seit dem 01.01.2009 gilt das heutige Erbschaftsteuergesetz. Ein Schwerpunkt bei der
141 Neuordnung wurde auf die Neuordnung der Unternehmensnachfolge gelegt, besonders
142 im Hinblick auf die Erhaltung von Arbeitsplätzen. Zur Erhaltung von Arbeitsplätzen
143 wurden verschiedene Ausnahmeregelungen getroffen, um die Belastung durch die
144 Erbschaftsteuer zu mildern. Somit werden Familienbetriebe von der Erbschaftsteuer
145 befreit, wenn das Unternehmen 10 Jahre nach der Vererbung fortgeführt wird. Durch
146 Ausnahmen und Sonderregelungen wurde das Erbschaftsteuerrecht verkompliziert und
147 bietet viel Möglichkeit zur Steuergestaltung.

148 Ein beliebtes Beispiel sind die Cash GmbHs. Der Erblasser überträgt dabei seine liquiden
149 Mittel in eine Cash GmbH und hinterlässt seinen Erben schließlich die GmbH Anteile.
150 Dieser Vorgang unterliegt durch diese Gestaltung nicht mehr der Erbschaftssteuer. Solche
151 Steuergestaltungs-Modelle lassen das Erbschaftsteuergesetz ungerecht erscheinen und
152 sollten daher an möglichst wenigen Stellen zur Anwendung kommen können. Der
153 Gesetzgeber versucht derzeit auf die Problematik der Cash GmbHs zu reagieren. Auf jeden
154 Fall wird das Erbschaftsteuergesetz durch diese Maßnahme komplexer und schwieriger
155 werden und neue Verzerrungen entstehen lassen.

156 Viele Kritiker sehen Familienunternehmen in der Gefahr, dass sie durch die anfallende
157 Erbschaftsteuer erheblich an Liquidität einbüßen, sodass es zu finanziellen Engpässen oder
158 gar der Insolvenz kommen kann. Die Gefahr, dass eine Unternehmensübertragung
159 steuerbedingt misslingt, hängt von der Höhe des steuerlichen Liquiditätsentzugs ab. Diese

160 Gefahr wird vor allem in Krisenzeiten verschärft. Erben innerhalb der Familie identifizieren
161 sich deutlich mehr mit dem Unternehmen und deren Angestellten als ein
162 unternehmensfremder Käufer oder Investor. Dies ist gerade in Krisenzeiten von großer
163 Bedeutung und sichert viele Arbeitsplätze. Die Entlastung der Familienunternehmen führt
164 auch wieder zu Ausnahmen und Steuerbefreiungen von der Erbschaftsteuer.

165 Die persönlichen Freibeträge, d.h. die Beträge ab denen Erbschaftsteuer anfällt, wurden
166 für Ehegatten von 307.000 EUR auf 500.000 EUR und für Lebenspartner sogar von 5.200
167 EUR auf 500.000 EUR angehoben, um die steuerliche Belastung für jeden einzelnen Erben
168 zu senken. Allgemein wird die Erbschaftsteuer in Deutschland kontrovers diskutiert. Die
169 Befürworter sehen oftmals in ihr eine Möglichkeit das ungleich verteilte Vermögen zu
170 einem gewissen Teil umzuverteilen. Die Gegner der Erbschaftsteuer, die sie am liebsten
171 abgeschafft wüssten, sehen sich in Ihrer Argumentation bestätigt, seitdem immer mehr
172 Länder, wie Schweden, Portugal, Slowakei, Luxemburg und unter anderem auch
173 Österreich, die die Erbschaftsteuer aufgrund ihrer verzerrenden Wirkung und dem
174 subjektiven Ungerechtigkeitsempfinden komplett abschaffen. Österreich musste wie
175 Deutschland die Erbschaftsteuer verfassungskonform überarbeiten. In Österreich
176 verzichtete man auf diese aufwändige Reform, sodass die Erbschaftsteuer zum 31.12.2008
177 auslief.

178 Die Komplexität und die vielen Ausnahmen der Erbschaftsteuer lassen für jeden
179 Steuerpflichtigen mit einem findigen Steuerberater einiges an Gestaltungsspielraum zu.
180 Die Steuer wird somit als subjektiv ungerecht wahrgenommen und dadurch die
181 Bereitschaft diese Steuer zu entrichten stark gesenkt. Handelt es sich bei dem Erbe um
182 Grundstücke, Häuser oder ganze Familienunternehmen muss erst einmal der Wert des
183 Erbes festgestellt werden. Hier bieten sich nicht nur verschiedenste Methoden, sondern
184 hier muss vor allem von Seiten des Finanzamtes ein enormer Aufwand betrieben werden,
185 um die erklärten Werte zu überprüfen. Hierzu müssen Gutachten erstellt werden, die
186 Finanzbeamten müssen sich vor Ort ein Bild von der Lage verschaffen und oftmals enden
187 solche Wertfeststellungen vor den deutschen Finanzgerichten. Um die Erbschaftsteuer zu
188 erheben, entsteht ein beträchtlicher Erhebungsaufwand.

189 Die Einnahmen aus der Erbschaftsteuer für das Jahr 2012 belaufen sich jedoch auch nur
190 auf 4,2 Milliarden EUR. Nahezu die kompletten Einnahmen verpuffen dabei jedoch durch
191 die hohen administrativen Kosten. Nun stellt sich die Frage, ob es sinnvoll ist weiterhin an

192 einer umstrittenen Steuer festzuhalten, wenn wir effektiv keinen finanziellen Vorteil aus
193 ihr generieren können?

194 Die meisten Parteien halten jedoch weiterhin an Ihr aus klientelpolitischen
195 Argumentationen fest. Dies darf aber nicht die Motivation einer Erbschaftsteuer sein,
196 zumal die Verfassungsmäßigkeit der Erbschaftsteuer nicht abschließend geklärt ist. Beim
197 Bundesverfassungsgericht ist eine Klage zur Prüfung auf teilweise Verfassungswidrigkeit
198 auf Grund von teilweiser Steuerbefreiung für Betriebsvermögen anhängig. (BFH
199 v.27.9.2012, II R 9/11, DStR 2012, 2063).

200 **Die Junge Union Südbaden fordert endlich den politischen Mut zu haben, auf diese**
201 **Steuer zu verzichten. Die Junge Union Südbaden fordert die Abschaffung der**
202 **Erbschaftsteuer.**

203 **Straffreie Selbstanzeigen abschaffen**

204 Steuerpflichtige geben teilweise über Jahre/ Jahrzehnte Gelder auf ausländischen Konten
205 bei der deutschen Einkommensteuer-Veranlagung nicht an und wähen sich dank der
206 Möglichkeit zur Selbstanzeige in Sicherheit. Steuerpflichtige im Staatsdienst würden bei
207 Bekanntwerden des Tatbestands der Steuerhinterziehung Ihre Anstellung unter
208 Umständen verlieren. Nur dank der Selbstanzeige ist in diesen Fällen einen folgenreise
209 Steuerhinterziehung möglich.

210 Wollen wir dieses Schlupfloch schließen oder tolerieren wir, dass z.B. treue Staatsdiener
211 bei ihrer eigenen Steuererklärung ausländische Kapitaleinkünfte nicht korrekt angeben?
212 Wenn es die Straffreiheit im Rahmen einer Selbstanzeige nicht mehr gibt, muss davon
213 ausgegangen werden, dass die Zahl der Selbstanzeigen zurückgehen wird. Somit müsste
214 die Ermittlungsarbeit im Rahmen der Steuerfahndung ausgedehnt werden. Dafür fehlen
215 meist die personellen Kapazitäten. Diese könnten durch die frei werdenden Kapazitäten
216 bei einer Abschaffung der Erbschaftsteuer ausgeglichen werden.

217 Ein weiterer Schritt wäre eine Strafminderung bei Selbstanzeige. Dadurch bleibt ein Anreiz
218 zur Selbstanzeige erhalten, aber eine Bestrafung erfolgt jedoch auch. Gleichzeitig würde
219 eine Abschaffung der straffreien Selbstanzeige die subjektive Steuergerechtigkeit wieder
220 herstellen. Eine Übergangszeit bis zur kompletten Abschaffung Straffreiheit, würde den
221 Steuerpflichtigen die Möglichkeit bieten von nun an doch noch alle Kapitaleinkünfte
222 richtig anzugeben.

223 **Die Junge Union Südbaden fordert daher, die straffreie Selbstanzeige abzuschaffen**
224 **und nach einer Übergangszeit durch eine strafmildernde Selbstanzeige zu ersetzen.**
225 **Gleichzeitig sollen die personellen Kapazitäten der Steuerfahndung durch die**
226 **Abschaffung der Erbschaftssteuer ausgeweitet werden.**

227 **Vermögenssteuer abgeschafft – und das ist auch gut so!**

228 Im Rahmen des Bundestagswahlkampfes 2013 haben die Oppositionsparteien eine
229 Wiedereinführung der Vermögensteuer sowie eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes
230 gefordert. So einfach und gerecht, wie sie dem ein oder anderen erscheint, ist diese Steuer
231 nicht. Zunächst führt die zeitgleiche Erhebung von Einkommen-, Erbschaft- und
232 Vermögensteuer zu einer steuerlichen Dreifachbelastung desselben Einkommens.

233 Daneben sind aufgrund der erforderlichen Marktbewertung von Vermögenswerten hohe
234 administrative Kosten zu erwarten. Schließlich bedingt die Vermögensteuer in ihrer
235 Ausgestaltung als Nettovermögensteuer eine Diskriminierung von Eigenkapital gegenüber
236 Fremdkapital und verschlechtert die Investitionsbedingungen in Deutschland vor allem im
237 Hinblick auf Unternehmen, die einer Vermögensteuer durch Steuergestaltung nicht
238 ausweichen können. Eine verfassungskonforme Erhebung einer Vermögensteuer erfordert
239 in Deutschland eine verkehrswertorientierte Bewertung sämtlicher
240 Vermögensgegenstände. Die Marktbewertung wäre jedoch mit einem erheblichen
241 Erhebungsaufwand verbunden, zumal regelmäßige (jährliche) Neubewertungen notwendig
242 wären.

243 Darüber hinaus sind für viele Vermögensgegenstände, wie zum Beispiel Immobilien oder
244 private Kunstsammlungen und insbesondere Betriebsvermögen, oftmals keine
245 Marktpreise verfügbar, so dass standardisierte Bewertungsverfahren zum Einsatz kommen
246 müssten, die jedoch nur ungenaue Resultate liefern.

247 Da es sich bei der Vermögensteuer um eine Veranlagungssteuer handelt, wird von in
248 Relation zum Steueraufkommen verhältnismäßig hohen Erhebungskosten (Summe aus den
249 Verwaltungskosten des Fiskus und den Befolgungs- und Planungskosten der
250 Steuerpflichtigen) im Vergleich zu anderen Steuerarten wie beispielsweise der
251 Einkommensteuer ausgegangen.

252 Die Vermögensteuer folgt der Konzeption einer Sollertragsteuer. Es soll ein Teil einer
253 angenommenen (fiktiven) Rendite besteuert werden, ohne die Vermögenssubstanz zu

254 belasten. Unterschreitet jedoch der tatsächlich erwirtschaftete Ertrag den unterstellten
255 Sollertrag, übersteigt die Steuerschuld die laufenden Erträge und muss folglich aus der
256 Vermögenssubstanz entrichtet werden. Für Unternehmen stellt eine Substanzbesteuerung
257 insbesondere bei dauerhaft schlechter Ertragslage eine große Belastung dar und wirkt sich
258 damit krisenverschärfend aus.

259 Die Vermögensteuer soll auf Unternehmensebene, wie 1996, als eine
260 Nettovermögenssteuer gestaltet sein. Dabei unterliegt das Eigenkapital der Besteuerung,
261 wohingegen das Fremdkapital die Bemessungsgrundlage vermindert.

262 Dadurch wird die Finanzierung über Fremdkapital begünstigt. Während der Finanz- und
263 Wirtschaftskrise hat sich jedoch gezeigt, dass Unternehmen mit einem hohen
264 Eigenkapitalanteil im Vorteil sind. Dadurch wird ein Fehlanreiz an die Wirtschaft gesandt,
265 der starke negative Folgen nach sich ziehen kann. Mittelständische Unternehmen haben in
266 der Regel einen schlechteren Zugang zum Kapitalmarkt als große multinationale
267 Unternehmen.

268 Dadurch kann eine mögliche Substanzbesteuerung schnell existenzgefährdend werden.
269 Darüber hinaus können mittelständische Unternehmen in geringerem Maße auf
270 internationale Steuergestaltungsmöglichkeiten zurückgreifen, als multinationale
271 Unternehmen. Somit ist davon auszugehen, dass die Vermögensteuer in erster Linie
272 übermäßig den Mittelstand belasten wird.

273 Gerade Baden-Württemberg und der ländliche Raum wären durch die Vermögensteuer
274 stark betroffen. Dies darf nicht toleriert werden. Eine Vermögensteuer würde sich auch auf
275 die Investitionen bzw. das Investitionsverhalten auswirken. Dabei ist es für inländische
276 Investoren vorteilhaft ihre Investitionen ins Ausland zu verlagern um der Besteuerung zu
277 entgehen. Für ausländische Investoren ist es sinnvoll Ihre Investitionen in andere Länder
278 zu verlagern, wenn sie der Vermögensteuer entgehen wollen.

279 Die Einführung der Vermögensteuer kann unter der Berücksichtigung der genannten
280 Aspekte zu negativen Auswirkungen auf das Investitionsverhalten und das
281 Gesamtsteueraufkommen in Deutschland haben. Deutschland wird als
282 Investitionsstandort unattraktiv. Die Oppositionsparteien wollen die Unternehmen zum
283 Teil entlasten, indem sie einen Freibetrag von 5 Mio. EUR gewähren wollen. Hierzu gibt es
284 jedoch verfassungsrechtliche Bedenken.

285 **Die Junge Union Südbaden spricht sich gegen eine Wiedereinführung der**
286 **Vermögensteuer aus. Der Mittelstand würde übermäßig belastet und Deutschland**
287 **verliert als Wirtschafts- und Investitionsstandort erheblich an Attraktivität.**

288 **Kalte Progression abbauen – Steuerbremse einführen**

289 Progressive Steuersätze sind eine der Grundlage unseres Steuersystems, das dem
290 Leistungsfähigkeitsprinzip folgen soll. Wer leistungsfähiger ist, kann und soll mehr zum
291 Gemeinwesen beitragen als weniger leistungsfähige Personen. Das Realeinkommen ist
292 dabei die Grundlage der Bemessung der individuellen steuerlichen Leistungsfähigkeit. Die
293 Junge Union Südbaden hält am Leistungsfähigkeitsprinzip und damit verbunden
294 progressiven Steuersätzen fest.

295

296 Gleichzeitig führt die Progression des Steuersatzes, solange sie nicht an die
297 Preisentwicklung angepasst wird, zu einer faktischen und versteckten Steuererhöhung
298 durch die so genannte kalte Progression. Unter kalter Progression versteht man, dass bei
299 steigendem Nominaleinkommen, das jedoch tatsächlich nur die Preissteigerungen
300 ausgleicht, der progressiv höhere Steuersatz angewendet wird. Die Lohnerhöhung gleicht
301 also lediglich die Inflation aus, die Leistungsfähigkeit steigt nicht, trotzdem kommt die
302 höhere Progressionsstufe zur Anwendung. Bei gleichem Realeinkommen fällt also eine
303 höhere Steuerbelastung an. Somit wird gegen das Leistungsfähigkeitsprinzip verstoßen, da
304 die Leistungsfähigkeit einer Person (ausgedrückt durch das Realeinkommen) nicht
305 zugenommen hat, jedoch eine (nun nicht begründete) höhere Steuerbelastung anfällt.

306

307 **Die Junge Union Südbaden fordert daher, die Einführung einer so genannten**
308 **Steuerbremse, durch die die kalte Progression künftig verhindert werden soll. Die**
309 **Progressionsstufen sollen damit jährlich an die Preissteigerungsrate angeglichen**
310 **werden. Lohnerhöhungen die lediglich die Inflationsrate ausgleichen, die reale**
311 **Leistungsfähigkeit also nicht erhöhen, führen dadurch nicht mehr zu einer höheren**
312 **Steuerbelastung.**

313 **Ehegattensplitting durch Familiensplitting ersetzen**

314 Der Großteil der gegenwärtigen Familienförderung sind sogenannte „ehebezogene
315 Leistungen“. Dahinter verbirgt sich vor allem das Ehegattensplitting. Dieses wurde 1957
316 auf Drängen des Bundesverfassungsgerichts eingeführt, da die Ehe einen besonderen

317 grundgesetzlichen Schutz genießt und ohne das Ehegattensplitting das
318 Haushaltseinkommen in der Ehe höher besteuert würde als das Haushaltseinkommen
319 ohne Eheschließung und damit getrennter Veranlagung. Beim Ehegattensplitting ist in der
320 gegenwärtigen Form die Zahl der Kinder belanglos. Es kommt einzig und allein darauf an,
321 ob ein Paar verheiratet ist und nicht dauernd getrennt lebt. Dann können die Ehepartner
322 sich gemeinsam veranlagen lassen. Die beiden Einkommen werden dann
323 zusammengerechnet und durch zwei geteilt. Die Steuer, die sich daraus ergibt, wird dann
324 wieder mit zwei multipliziert. Steuerlich werden die Ehegatten also so gestellt, als hätte
325 jeder gleich viel zum Familieneinkommen beigetragen. Fände die Aufteilung nicht statt,
326 müsste ein Ehepaar, bei dem einer der beiden Partner 100 000 Euro verdient und der
327 andere gar nichts, deutlich mehr Steuern zahlen als ein Paar, bei dem beide Partner je 50
328 000 Euro verdienen. Das liegt an dem progressiven Einkommensteuertarif, bei dem der
329 Steuersatz mit zunehmendem Einkommen steigt.

330 Ein Familiensplitting betrachtet nun nicht alleine die Ehe, sondern die gesamte Familie,
331 unabhängig ob eine Ehe geschlossen ist oder nicht. Die beiden Einkommen der (Ehe-)
332 Partner werden ebenfalls gemeinsam besteuert, jedoch wird dabei zugleich die Zahl der
333 Kinder berücksichtigt. In Frankreich zum Beispiel tragen beide Eltern jeweils mit 1 zu dem
334 Divisor bei, durch den das gemeinsame Einkommen geteilt wird. Hinzu kommen die ersten
335 beiden Kinder mit jeweils 0,5 und das dritte Kind dann ebenfalls mit 1. Das zu
336 versteuernde Gesamteinkommen eines Paares würde bei zwei Kindern durch drei geteilt (1
337 $+ 1 + 0,5 + 0,5$) und bei drei Kindern durch vier ($1 + 1 + 0,5 + 0,5 + 1$) - wobei der maximal
338 erreichbare Splittingvorteil gedeckelt ist. In Deutschland dagegen würde das Einkommen
339 nach den Regeln des gegenwärtigen Ehegattensplittings in beiden Fällen nur durch zwei
340 geteilt, da lediglich die Eltern zählen.

341 Das gegenwärtige Ehegattensplitting nach dem deutschen Modell, das die steuerliche
342 Förderung alleine an die Eheschließung koppelt ist nicht mehr zeitgemäß. Ziel einer
343 familienpolitischen Leistung sollte vor allem die Förderung von Kindern und die
344 (steuerliche) Besserstellung von Familien mit Kindern sein. Bei seiner Einführung 1957 gab
345 es kaum kinderlose Ehen, daher war zum damaligen Zeitpunkt die Einführung einer
346 steuerlichen Begünstigung die sich an die Eheschließung koppelt gleichzeitig im Regelfall
347 auch eine Förderung von Familien mit Kindern. Dies ist heute nicht mehr in diesem Maße
348 der Fall. Gleichzeitig setzt das gegenwärtige Ehegattensplitting Fehlanreize in Bezug auf

349 die Erwerbsstruktur von Familien. Ein Splittingvorteil entsteht nur dann, wenn die Partner
350 ungleich verdienen. Umso ungleicher die Einkommensverteilung in der Ehe, umso größer
351 fällt der Splittingvorteil aus. Wenn sich die Einkommenshöhe annähert schrumpft der
352 Steuervorteil, wenn beide Partner gleich viel verdienen ist der Vorteil gleich Null. Das
353 Ehegattensplitting in seiner gegenwärtigen Form setzt also einen Anreiz, dass einer der
354 Ehepartner nicht oder nur wenig arbeitet, da der Steuervorteil größer ausfallen kann als
355 der Einkommenszuwachs. Dem Ziel, eine echte Wahlfreiheit herzustellen, ob beide
356 Partner arbeiten wollen, wirkt das gegenwärtige Modell durch seine Fehlanreize also
357 entgegen.

358

359 **Die Junge Union Südbaden fordert daher eine Umwandlung des bisherigen Modells des**
360 **Ehegattensplittings in ein Familiensplitting. Die Splittingformel soll dabei in**
361 **Anlehnung an das französische Modell ausgestaltet werden und sich außerdem alleine**
362 **an das Vorhandensein von Kindern knüpfen und nicht an die bloße Eheschließung.**
363 **Dadurch würden auch Alleinerziehende steuerlich besser gestellt. Gleichzeitig würden**
364 **durch die Eheschließung Fehlanreize zur Arbeitsaufnahme nicht mehr entstehen. Auch**
365 **kinderlose Ehen, bei denen im Regelfall beide Partner arbeiten würden nicht**
366 **wesentlich schlechter gestellt, da für diese auch bislang nur ein geringer bis kein**
367 **Steuervorteil bestand. Ehen mit Kindern würden stattdessen stärker gefördert. Für**
368 **bisher geschlossene Ehen soll das bisherige Ehegattensplitting weiter gelten.**
369 **Begleitend sind Modelle zu entwickeln, die künftig geschlossene Ehen, beispielsweise**
370 **über Lockerungen beim Grundsicherungsanspruch, als Versorgungsgemeinschaft**
371 **stärken.**

372 **Steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten ausbauen**

373 Die Zahl der Geburten in Deutschland stagniert auf einem niedrigen Stand. Auf dem
374 Arbeitsmarkt herrscht ein Fachkräftemangel. Die Aufgabe einer gelungenen
375 Familienpolitik muss es in den nächsten Jahren sein, dass sich immer mehr Familien trotz
376 guter und teils langwieriger Ausbildung/Studium für Kinder entscheiden. Ehepaare, stellen
377 den Kinderwunsch durch den vermeintlichen Verzicht auf die Karriere immer häufiger
378 hinten an. Bei diesen Paaren könnte eine steuerliche Absetzbarkeit von
379 Kinderbetreuungskosten auch wenn nicht beide Partner arbeiten ein Anreiz darstellen. Am
380 meisten profitieren die Paare, bei denen ein Elternteil nicht arbeitet oder Alleinerziehende

381 Männer / Frauen. Diese Familien haben, da nur ein Erwerbstätiger im Haushalt lebt, ein
382 kleineres Monatsbudget und können eine finanzielle Unterstützung gebrauchen.

383 **Die Junge Union Südbaden fordert eine steuerliche Absetzbarkeit von**
384 **Kinderbetreuungskosten ohne Koppelung an die Berufstätigkeit der Eltern.**

385 **3. Wirtschaft und Familie Hand in Hand**

386 Über die Zukunft unseres Landes entscheiden irgendwann unsere Kinder. Die sinkende
387 Zahl an Nachwuchs hat in den letzten Jahrzehnten zu einem demographischen Wandel
388 geführt. Wir Menschen werden immer älter, jedoch kommen immer weniger junge
389 Menschen nach. Veränderte Lebensumstände in unserer Gesellschaft stellen junge Paare
390 oft vor die Entscheidung "Kind oder Karriere". Daher ist es wichtig Rahmenbedingungen zu
391 schaffen, die die vermeintlichen Gegensätzen entkräften, und so Grundvoraussetzungen
392 und Erleichterungen für eine Kombination aus beidem bilden.

393 **Flexible Arbeitszeitmodelle fördern – 60% Stellen gleichstellen**

394 Die Lebenswirklichkeit von jungen Menschen und jungen Familien ist heute eine andere
395 als noch vor einer Generation. In vielen Familien ist es notwendig und auch erwünscht,
396 dass in einer Ehe oder Beziehung, beide Partner erwerbstätig sind. Die klassische
397 Rollenteilung in Hausfrau und Versorger wird immer mehr aufgebrochen. Die Situation auf
398 dem Arbeitsmarkt bietet für die neuen Lebenskonzepte jedoch noch wenig Möglichkeiten
399 und Gestaltungsfreiheit.

400 **Die JU Südbaden setzt sich dafür ein, dass sich der Arbeitsmarkt weiter an die**
401 **Bedürfnisse der Arbeitnehmer und insbesondere an die von Familien anpasst. Dazu**
402 **gehören zum Beispiel neue Arbeitszeitmodelle, die es sowohl Frauen als auch Männern**
403 **erleichter in Teilzeit zu arbeiten, um so ausreichend Zeit für die Familie zu haben.**

404 **Die Junge Union Südbaden fordert daher ein Arbeitszeitmodell mit geteilten Stellen.**
405 **Arbeitgeber sollen die Möglichkeit bekommen 2 60% Stellen zu gleichen**
406 **"Lohnsteuernkosten" anbieten zu können, wie einen Vollzeitmitarbeiter.** Vorteile wären
407 für Arbeitnehmer, dass wenn beide Partner einen 60% Stelle haben, gemeinsame Zeit für
408 die Familie bleibt. Es bedarf nicht mehr einer Entscheidung zwischen Familie und Beruf,
409 sondern beides kann zu nahezu gleichen Teilen ausgeführt werden.

410 Haben beide Partner eine 60 % Stelle verringert sich bei guter Koordination auch der Teil,
411 der an zusätzlichen Betreuungszeiten für die Kinder nötig ist. Eltern können hier sowohl
412 den Verpflichtungen ihren Kindern als auch ihren Arbeitgebern gegenüber gerecht
413 werden.

414 Flexible Arbeitszeitmodelle sind in Deutschland keine Seltenheit. Bereits heute haben ca.
415 85% der Arbeitnehmer die Möglichkeit zur flexiblen Arbeitszeitgestaltung. Jedoch wurde
416 die arbeitgeberfreundliche Flexibilität vor allem für den Ausgleich von Produktnachfrage
417 oder Auftragslage genutzt. Familienorientierte Arbeitszeitmuster zeichnen sich dadurch
418 aus dass sie flexibel, aber zugleich planbar sind. Hat jeder zum Beispiel 3 Arbeitstag
419 (Partner 1 Mo Di Mi / Partner 2 Di Mi Do) so wären effektiv nur zwei Tage zusätzliche
420 Kinderbetreuung notwendig, da jeweils ein Tag von der Mutter bzw. dem Vater allein
421 geleistet werden könnte. Zusätzlich hätte man 3 Tage gemeinsam.

422 In vielen Fällen, stellt diese Lösung Familien finanziell besser als ein Alleinverdiener, da
423 nach allen Abzügen ein größeres Netto vom Brutto bleibt, auch Aufgrund der zusätzlichen
424 Arbeitszeit von 20%.

425 Auch für Arbeitgeber wäre ein solches Konzept attraktiv, da ihnen 120% Arbeitskraft
426 zufallen würden mit Lohnsteuernkosten für nur 100%. In Zeiten von Fachkräftemangel
427 bietet es gute Gelegenheiten, mehr gut qualifizierte Menschen dauerhaft in den
428 Arbeitsmarkt einzubinden. Die zusätzlichen 20% und die daraus resultierende
429 gemeinsame Arbeitszeit kann zur guten Koordination und Absprache genutzt werden. In
430 einigen Unternehmen wird dies bereits erfolgreich praktiziert. Insgesamt sind die
431 Förderung neuer, flexiblerer und familienfreundlicherer Arbeitszeitkonzepte ein weiterer
432 Schritt in Richtung Gleichberechtigung und Arbeitsteilung auf allen Ebenen einer Familie.

433 **Welcome- Center ausbauen**

434 Hinter der Idee und der Umsetzung der Welcome- Center steht das Problem des
435 Fachkräftemangels in Deutschland. Die Welcome- Center sollen eine zentrale Anlaufstelle
436 für ausländische Facharbeiter und Fachkräften sein, aber auch genauso als Anlaufstelle für
437 Unternehmen fungieren, die qualifiziertes Personal suchen. Die Landesregierung von
438 Baden- Württemberg fördert momentan den Aufbau elf Welcome- Center im Land. Die
439 Welcome- Center machen sich zur Aufgabe ausländische Fachkräfte, die sich für einen

440 Umzug nach Deutschland entschieden haben, bei Behördengängen, Aufenthaltsrechte
441 sowie Bildung und Betreuung der Kinder zu unterstützen.

442 **Die Junge Union Südbaden fordert darum, dass die Welcome Center auch ein starkes**
443 **Augenmerk darauf legen sollten, ausländische Familien in die deutsche Gesellschaft zu**
444 **integrieren und ihnen die kulturellen Unterschiede näher zu bringen.** Dies bedeutet den
445 Familien nicht nur ein sicheres Umfeld (Wohnung, Aufenthaltsrechte und Bildung der
446 Kinder) zu generieren, sondern auch ein soziales Umfeld zu schaffen, indem sie unterstützt
447 werden in Vereine einzutreten. Hiermit soll gewährleistet werden, dass ausländische
448 Familien Kontakt zu deutschen Familien knüpfen können, um die kulturellen Unterschiede
449 zu überbrücken und insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass nicht nur die Kulturen unter
450 sich bleiben.

451 Des Weiteren sollten sich die Welcome- Center mit der Problematik der „Nicht-
452 Anerkennung“ von erlernten Berufen beschäftigen. Viele ausländische Mitbürger haben in
453 ihrer Heimat Berufe, wie der des Arztes oder des Rechtsanwalts erlernt, und können ihn in
454 Deutschland nicht ausüben. Grund hierfür ist, dass die Qualifikationen im erlernten Beruf
455 nicht übereinstimmen und minderwertiger angesehen werden. Aus diesem Grund arbeiten
456 viele ausländische Mitbürger in Übergangsjob oder arbeiten statt als ausgebildete
457 Apothekerin aufgrund der „Nicht- Anerkennung“ nur als Pharmazeutische- Technische
458 Assistentin. Die Welcome- Center sollten Hilfestellungen für die ausländischen
459 Akademiker und Fachkräfte bieten, wie sie eventuell durch Schulungen oder neue
460 Hochschulabschlüsse in ihrem Beruf auch in Deutschland tätig sein können. Hier
461 schlummert ein reiches Potenzial um dem Fachkräftemangel in Deutschland ein Stück weit
462 zu vermindern.

463 Ein weiterer Geltungsbereich für die Welcome- Center sollte sein, dass nicht nur „neue“
464 ausländische Fachkräfte betreut werden sollten, sondern auch die ausländischen
465 Mitbürger die schon länger in Deutschland leben. Hierbei könnten ebenfalls
466 Unterstützungen für das berufliche, soziale und das Umfeld der Kinder angeboten werden.
467 Denn viele auswärtige Mitbürger wissen meist gar nicht was der Deutsche Staat für
468 Möglichkeiten bieten. Zielsetzung sollte sein, dass sich ausländische Mitbürger in
469 Deutschland wohler fühlen und in der Gesellschaft ankommen.

470 Unter anderem sollten die Welcome- Center auch einen Bereich haben, der sich auf
471 Beratung und Betreuung von Existenz Gründer zu fokussiert. Sie könnten beispielsweise

472 beratend bei Behördengängen, Beantragungen oder Bankgesprächen zur Seite stehen.
473 Oftmals wird kaum verstanden was das Behördendeutsch überhaupt bedeuten und aus
474 Scheu wird der Schritt in der Eigen- Unternehmung nicht gewagt. Hier könnten die
475 Welcome- Center unterstützende Arbeit leisten und den ausländischen Mitbürgern
476 erklären, wie und wo sie zu Informationen kommen und diese im Falle auch mit Ihnen
477 aufarbeiten oder auch einen Dolmetscher zur Seite stellen, damit bei grundlegenden
478 Gesprächen keine Missverständnisse aufgrund der unterschiedlichen Sprache aufkommt.

479 Bisher arbeiten die Welcome- Center ausschließlich in Hamburg und in Freiburg. **Einen**
480 **flächendeckenden Ausbau fordert die Junge Union Südbaden in allen größeren**
481 **deutschen Städten, um den Fachkräftemangel die Stirn zu bieten.** Diese Forderungen
482 kämen nicht nur den ausländischen Familien zu Gute, sie würden die Problematik des
483 Fachkräftemangels in der deutschen Wirtschaft angehen, neue Arbeitsplätze schaffen und
484 das Konflikt- Potenzial zwischen deutschen und ausländischen Mitbürgern senken, indem
485 sich bemüht wird die ausländischen Familien einzugliedern.

486 **Echte Wahlfreiheit für Familien ermöglichen**

487 Einer der wichtigsten Punkte um Kind und Beruf parallel zu managen, sind gute und
488 ausreichend vorhandene Betreuungsangebote. An vielen Orten, besonders im ländlichen
489 Raum fehlt es an Kitaplätzen. Daher sollten Bund und Kommunen am weiteren Ausbau
490 festhalten.

491 **Die JU Südbaden setzt sich dafür ein, dass alle Familienkonzepte gleichermaßen**
492 **gefördert werden und es keine einseitige Förderung von einigen wenigen**
493 **Betreuungskonzepten gibt. Wie auch im Bildungssystem muss es auch hier ein**
494 **differenziertes Angebot geben, dass sich auf die Bedürfnisse der jeweiligen Eltern und**
495 **Kinder anpassen.**

496 Das bedeutet zum einen, dass die vorhandenen Betreuungseinrichtungen flexibel in ihren
497 Öffnungszeiten sind, und sich so an die unterschiedlichen Arbeitszeitvoraussetzungen der
498 Eltern anpassen. Zudem ist es wünschenswert, wenn auch Betriebe selbst Angebote für
499 Kinderbetreuung anbieten.

500 Es bedeutet jedoch auch dass weitere Betreuungsvarianten, sowie Tagesmütter, Au Pairs,
501 Leih-Omis, oder weitere Konzepte gefördert werden, sollten um den individuellen
502 Bedürfnissen der Kinder gerecht zu werden.

503 Auch die Betreuung zuhause durch Eltern für unter 3 jährige sollte als gleichwertig
504 angesehen werden. Krippenplätze werden mit bis zu 1000€ pro Monat unterstützt.

505 Es ist durchaus fair, auch die viele andere Lösungen von Eltern finanziell zu unterstützen.
506 Das in diesem Jahr eingeführte Betreuungsgeld von 150€ ist jedoch für Familien mit
507 mittlerem Einkommen zu wenig, um einem Elternteil zu ermöglichen zu Hause zu bleiben.

508 Zum Vergleich: im ersten Jahr nach der Geburt besteht die Möglichkeit Elterngeld zu
509 beziehen. Es ersetzt 67% des entfallenden Nettoeinkommens - mindestens jedoch 300€,
510 und höchstens 1800€. Ein Elternteil kann höchstens für die ersten 12 Monate Elterngeld
511 beantragen. Wenn beide Elternteile Anspruch geltend machen, 2 weitere Monate.

512 Für Kinder zwischen 2 und 3 Jahre gibt es für die Betreuung zuhause das Betreuungsgeld -
513 einen Zuschuss von 150€. Würde man dies auf eine 40 Stunden Wochen runter rechnen,
514 ist dies ein "Stundenlohn" von unter einem Euro. Es profitieren so v.a. Familien, die es sich
515 ohnehin leisten können ihre Kinder zu Hause zu erziehen. Um eine wirkliche Wahlfreiheit
516 zu schaffen, und es Frauen zu ermöglichen ohne Zuverdienst ihre Unter-3-jährigen Kinder
517 zu Hause zu betreuen fordert, die JU Südbaden ein Betreuungsgeld von 450€. So ersetzt es
518 einen Mini Job und schafft so tatsächlich die Möglichkeit, die Kinder auch zu Hause zu
519 betreuen.

520 **Koordinierungsstellen für die Kinderbetreuung schaffen**

521 Seit August 2013 haben Eltern einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für ihr ein
522 bis drei jähriges Kind. Man hat jedoch keinen Anspruch auf einen Platz in der Wunschkita
523 oder in einer bevorzugten. Dies hat zur Folge, dass Eltern oft hohe Fahrtzeiten in Kauf
524 nehmen müssen, um ihre Kinder zur Betreuungseinrichtung zu bringen. Die Wegzeit kann
525 nicht für die Arbeit genutzt werden, und verursacht durch längere Betreuung oft
526 zusätzliche Kosten.

527 **Die JU Südbaden fordert für Landkreise und kreisfreie Städte ein zentrales**
528 **Vormerkverfahren für Plätze in Kindertageseinrichtungen. Alle Einrichtungen des**
529 **Kreises greifen bei der Vergabe ihrer freien Plätze auf dieses Verfahren zurück.** Damit
530 soll vermieden werden, dass sich Eltern zur Sicherung eines Betreuungsplatzes bei einer
531 Vielzahl von Betreuungseinrichtungen bewerben, um sicherzustellen einen Platz in der
532 Nähe zu bekommen, sondern von vorne herein durch gute Planung ein auch logistisch
533 optimaler Betreuungsplatz gefunden werden kann.

534 Eine gute Koordination senkt den bürokratischen Aufwand der einzelnen Einrichtungen
535 und erleichtert es den Kommunen dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz
536 nachzukommen, da sie direkten Einblick in die Belegungssituation haben.

537 Eltern profitieren durch eine gerechtere Vergabe, mit der vermieden werden soll, dass man
538 sich zum Teil schon vor der Geburt auf vielen Wartelisten um einen Platz bemühen muss.

539 **Wohnungsnot von Familien entgegenwirken**

540 In vielen deutschen Städten ist bezahlbarer Wohnraum Mangelware. Zu dem Mangel
541 kommt auch noch eine gewisse Familien- und Junge Menschen Verdrossenheit hinzu. Als
542 junger Mensch oder auch später als Familie mit kleinen Kindern ist es oft schwer eine
543 bezahlbare Wohnung zu finden. Grund hierfür sind Vorurteile gegenüber beiden
544 gesellschaftlichen Gruppen. Junge Menschen machen Krach und Lärm zu unangebrachten
545 Tageszeiten, sind unordentlich und meist auch noch unfreundlich. Bei Familien mit
546 Kindern wird oft unterstellt, dass die Kinder den ganzen Tag in der Wohnung rumtrampeln,
547 Kinderwägen in oftmals viel zu engen Eingangsbereichen stehen gelassen werden und die
548 Kinder schreien bis in die späte Nacht hinein. Beide Gruppen sind bei Vermieter und
549 Immobilien- Besitzern häufig nicht sonderlich erwünscht. Hiergegen muss etwas
550 unternommen werden, denn auch Familien und Junge Menschen sollten eine Chance auf
551 den zu Ihnen passenden Wohnraum haben.

552 **Um Familien eine bessere Chance zu bieten bezahlbaren und zu Ihnen passenden**
553 **Wohnraum zu finden fordert die Junge Union Südbaden den Deutschen Bundestag auf,**
554 **ein Gesetz zu verabschieden, nachdem ähnlich wie bei der Chancengleichheit von**
555 **Frauen im Beruf, Familien mit Kindern die gleiche Möglichkeit auf eine Wohnung**
556 **einzuräumen ist wie kinderlosen Ehepaaren.** Dies könnte wie folgt aussehen:
557 Ein kinderloses Ehepaar und ein Ehepaar mit Kindern, selber Gehaltsstufe, gleicher
558 gesellschaftliches Ordnung/ Schicht, gleicher sozialer Vernetzung und gleicher Sympathie
559 vom Besitzer der Immobile zu den potenziellen Kandidaten sollte der Familie mit Kindern
560 der Vorzug gewährt werden. Hierbei handelt es sich um ein klares Zeichen für Familien mit
561 Kindern. Familien sollten gefördert werden, damit mehr Paare sich für Kinder entscheiden
562 und nicht aus Intoleranz der Mitbürger darauf verzichten.